

vorstoße (Wortlaut in: La Documentation Catholique, 2.7.89, 648 ff.).

Ein für Amerika selbst brisantes Thema war die Haltung der Bischöfe zur *Abtreibungsfrage*. Seit der jüngsten Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der USA vom vergangenen Sommer (vgl. HK, August 1989, 359) steht die Abtreibungsfrage wieder einmal im Brennpunkt US-amerikanischer Innenpolitik – allerdings anders, als dies nach dem Bekanntwerden des Urteils erwartet worden war: Der Druck der Gegner von gesetzlichen Verschärfungen, wie sie durch das Urteil erst möglich gemacht wurden, hat beträchtlich zugenommen.

Für eine schärfere Gangart

Bei Wahlen in verschiedenen Bundesstaaten spielte das Abtreibungsstrafrecht eine zentrale Rolle. Es setzten sich aber durchwegs Befürworter des status quo durch. Die Wahlergebnisse wurden geradezu als *Plebiszit für die Beibehaltung der geltenden Abtreibungsgesetzgebung* gewertet. Versuche in verschiedenen Bundesstaaten, den durch das Urteil des „Supreme Court“ geschaffenen Spielraum für restriktivere einzelstaatliche Regelungen zu nutzen, gingen allerdings unterschiedlich aus. Und ein vom US-Kongreß verabschiedetes Gesetz, das im Fall von Vergewaltigung und Inzest Frauen, die abtrieben, Unterstützungszahlungen gewähren sollte, scheiterte am Veto von Präsident Bush. Das Gesetz wäre aber gar nicht verabschiedet worden, hätten nicht Abgeordnete, die traditionell zur „pro life“-Gruppe gezählt werden, mit den „pro choice“-Vertretern votiert.

In dieser innenpolitisch aufgeheizten Diskussionslage setzten die US-Bischöfe mit einer neuerlichen Erklärung zur Abtreibungsfrage ein *deutliches Signal für eine verschärfte Gangart*. In ihr begrüßen sie noch einmal die durch das Gerichtsurteil vom Sommer neu geschaffenen Möglichkeiten für Bundesstaaten, gesetzgeberisch zugunsten des ungeborenen Lebens tätig zu werden. Zugleich zeigen sich die

US-Bischöfe empört über die im Kern unangetastete „liberale“ Regelung aus dem Jahre 1973, die sich weitgehend an der Entscheidungsfreiheit der Frau orientiert. Die Bischöfe bezeichnen die Abtreibungsfrage als ein „fundamentales Menschenrechtsthema“. Die Mehrheit der US-Amerikaner sei der Ansicht, daß die Abtreibung als „illegal“ zu gelten habe, ausgenommen in bestimmten eng begrenzten Ausnahmefällen. Eine überwältigende Mehrheit sei im übrigen der Ansicht, daß Minderjährigen die Abtreibung ohne die Kenntnis oder die Zustimmung der Eltern verwehrt werden solle. Auch von der Bezeichnung der Befürworter des geltenden Rechts als „pro choice“ (für die Entscheidungsfreiheit)-Gruppen distanzieren sich die Bischöfe ausdrücklich.

In vier Punkten skizzieren sie *Zielvorstellungen* für eine entschiedeneren Politik zugunsten des ungeborenen Lebens: Sie fordern 1. einen in der Verfassung verankerten Schutz des Rechts auf Leben ungeborener Kinder; 2. Gesetze auf Bundes- und Länderebene sowie Verwaltungsrichtlinien, die die bisherige Abtreibungspraxis bzw. deren Unterstützung eindämmen; 3. die Revision von Gerichtsentscheidungen (darunter auch solche des Obersten Gerichtshofes), die das unveräußerliche Recht auf Leben mißachten; 4. die gesetzliche Unterstützung zur Schaffung von ethisch vertretbaren Alternativen zur Abtreibung sowie sozialer Initiativen zur Unterstützung schwangerer Frauen bzw.

von Frauen (und deren Kinder) mit geringem Einkommen.

Die Bischöfe bekräftigen auch noch einmal: Kein Katholik könne verantwortlich eine „pro choice“-Position einnehmen, sofern „Entscheidungsfreiheit“ den Tod von unschuldigen Kindern bedeute. Einzelne Bischöfe kündigen inzwischen an, daß man sich nun speziell mit jenen Katholiken befassen wolle, die weiterhin als Befürworter der geltenden gesetzlichen Abtreibungsregelung auftreten und zugleich praktizierende Katholiken sein wollen. Der neu gewählte Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof *Daniel Pilarczyk (Cincinnati)*, sprach in dem Zusammenhang auch von der möglichen Verhängung von *Kirchenstrafen*. Von Journalisten auf die Möglichkeit von Exkommunikationen angesprochen, meinte der bisherige Präsident der Bischofskommission für „pro life“-Aktivitäten, Kardinal *Joseph Bernardin*, dies sei weniger eine Frage von Kirchenausschlüssen als vielmehr von Überzeugungsarbeit: Katholiken sollten stärker zu einer anderen Haltung motiviert werden. Er wandte sich dagegen, gezielt auf Einzelpersonen, z.B. Politiker, die sich um ein Wahlamt bewerben, einzuwirken. Daß sich eine härtere Linie seitens der US-Bischöfe in der Abtreibungsfrage abzeichnet, zeigte sich auch daran, daß der Erzbischof von New York, Kardinal *John O'Connor*, zum Nachfolger Kardinal Bernardins als Vorsitzender der „pro life“-Kommission gewählt wurde. *K.N.*

El Salvador: Kirche zwischen den Fronten

Die Ermordung von sechs Jesuiten und zwei Frauen während der Großoffensive der Guerilla Mitte November auf die Hauptstadt hat die Kirche des mittelamerikanischen Kleinstaates, genauer: ihre politische Rolle in dem seit neun Jahren andauernden Bürgerkrieg, erneut in die Schlagzei-

len gebracht. Der Zeitpunkt und die Brutalität des Anschlags werfen ein Licht auf die katastrophale Entwicklung eines vor zwei Jahren hoffnungsvoll begonnenen Befriedigungsprozesses für Mittelamerika, der nicht nur Nicaragua, sondern auch El Salvador den Frieden bringen sollte. Seit dem

ebenfalls gewaltsamen Tod von Erzbischof *Osacar Romero* im März 1980 hat die salvadorianische Kirche unter Führung seines Nachfolgers *Arturo Rivera Damas* auf unspektakuläre Weise, aber beharrlich versucht, in dem Kräftespiel zwischen Regierung/Armee, Guerilla und den USA (als dem Finanzier des Bürgerkriegs auf Regierungsseite) die Interessen des salvadorianischen Volkes zu Gehör zu bringen.

Ihre Vermittlertätigkeit zwischen den Bürgerkriegsparteien ist mit den Jahren nicht nur schwieriger, sondern auch lebensgefährlich geworden. Das gilt für ihren offiziellen Part bei den Verhandlungen zwischen Regierung und dem Guerilla-Verband FMLN („Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional“) bzw. dem oppositionellen Linksbündnis „Convergencia Democrática“ wie für die inoffiziellen Kontakte und Gespräche auf verschiedenen Ebenen. Um solche informellen Kontakte hatte sich einer der ermordeten Jesuiten, der Rektor der Katholischen Universität von San Salvador, *Ignacio Ellacuría*, vor allem in letzter Zeit intensiv bemüht.

Heikle Präsenz der Kirche

Der Philosoph und Befreiungstheologe *Ellacuría* gehörte zu jenen, die parallel zu den oft ergebnislos verlaufenden offiziellen Gesprächen zwischen den Bürgerkriegsparteien versuchten, die auf beiden Seiten wenig mehr als in Ansätzen vorhandene Einsicht in die Notwendigkeit substantieller Verhandlungen über taktisches Kalkül hinaus zu wecken. Dabei wurden ihm Klugheit, Mut und geistige Unabhängigkeit bescheinigt. Obwohl er persönlich gewiß nicht der Regierungsseite zuneigte, ließ er sich im Unterschied zu weniger besonnenen Universitätskollegen von der FMLN nicht instrumentalisieren oder gar vereinnahmen.

Seine Analyse politischer Gewalt unterschied zwischen institutionalisierter, struktureller Gewalt in ihrer repressiven, staatsterroristischen Ausformung („soziale Sünde“ in der be-

freiungstheologischen Terminologie) und reaktiver, revolutionärer Gewalt mit dem Ziel, die Unterdrückten zu befreien (aber auch der Gefahr repressiven Machtmißbrauchs auf diesem Wege). *Ellacuría* verstand die revolutionäre Gewalt als das kleinere Übel, aber er lehnte sie ab: „Ein Christ darf keine Gewalt anwenden, wenn er bezeugen will, daß das Leben den Tod überwindet und die Liebe den Haß.“ Der gewaltfreie Kampf gegen die Unterdrücker zur Verteidigung der Armen und Schwachen werde Erfolg haben, wenn Christen ihn überzeugt, notfalls bis zum Martyrium führten (Concilium 215, 91–101).

Ellacurias ebenfalls ermordeter Mitbruder *Ignacio Martín Baró*, Soziologe und Vizerektor der Katholischen Universität, beschrieb bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Anfang 1989 die Präsenz der Kirche zwischen den politischen Fronten als äußerst heikel und ebenso notwendig. Der Wahlsieg der rechtsextremen Arena-Partei zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt bereits ab, und die Friedensbemühungen, die internationalen für Mittelamerika wie die auf nationaler Ebene, stagnierten. *Martín Baró* hielt wie *Ellacuría* die aufs Formale sich beschränkende Vermittlungstätigkeit von Erzbischof *Rivera* für unzureichend. *Rivera* seinerseits aber wollte die für eine Vermittlerposition erforderliche Distanz zu beiden Seiten nicht aufgeben und wich Aufforderungen, auch inhaltlich stärker Standpunkt zu beziehen, aus.

Unter der Regierung von Präsident *Alfredo Cristiani* hat sich die Position der Kirche noch rapider verschlechtert: ihre von internationalen Organisationen gestützte humanitäre Arbeit für die Bürgerkriegsopfer, die zahllosen Flüchtlinge und die Ärmsten im Land wird streckenweise erheblich behindert. Ihre Vermittlerposition wurde in der zweiten Jahreshälfte durch persönliche Angriffe in Presse und Rundfunk sowie durch anonyme Todesdrohungen gegen den Erzbischof und seinen Weihbischof, *Gregorio Rosa Chavez*, diskreditiert. Zu einem Zeitpunkt, da *Riveras* Präsenz bei den Verhandlungen von der Arena nur noch geduldet

wurde, warf man diesem im staatlich gelenkten Rundfunk vor, er stehe auf seiten der Rebellen, sei wie sein Weihbischof ein Kommunist.

Wie kompliziert die Lage insgesamt ist und wie wenig aussichtsreich gegenwärtig die Einflußmöglichkeiten der Kirche und anderer besonnener, politisch gemäßigter Kräfte sind, zeigte sich nach der militärischen November-Offensive der Guerilla. Erzbischof *Rivera* hatte bei der Trauerfeier für die Jesuiten, die Köchin der Kommunität und ihre Tochter die Armee und ihr nahestehende Kräfte der Morde verdächtigt (was vom zuständigen Untersuchungsrichter inzwischen bestätigt wurde). Zur gleichen Zeit forderte Generalstaatsanwalt *Mauricio Colorado* Papst Johannes Paul II. auf, „einige Bischöfe“, deren Leben gefährdet sei, aus dem Land abzuziehen. Daß er die offenbar gemeinten Bischöfe *Rivera* und *Rosa Chavez* zu Mitgliedern der „Volkskirche“ zählte – für Konservative sonst der Inbegriff antihierarchischer Basisgruppen – läßt deutlich werden, wie konfus staatliche Stellen selbst über die Kirchenführung ihres Landes denken. Nicht nur wegen ihrer persönlichen Gefährdung sind den beiden Bischöfen vorerst auch die politischen Wirkungsmöglichkeiten weitgehend genommen; der im November im Land weilende ehemalige Adveniat-Geschäftsführer, Bischof *Emil Steble*, konnte da leichter agieren – vor allem im humanitären Bereich. Er hielt – und hält – aber auch die Kontakte zu den Bürgerkriegsparteien.

Präsident Cristiani vor einem Dilemma

Die *Offensive der Rebellen*, obwohl mehrfach angekündigt, traf Regierung und Armee überraschend und brachte die Regierung *Cristiani* in eine mißliche Lage. Die FMLN, laut Regierungspropaganda militärisch so geschwächt, daß sie sogar verhandlungsbereit sei, hatte für einige Tage Teile der Hauptstadt besetzt gehalten. Bei der Gegenoffensive setzte sich die Armee wegen der Bombardierungen, die die Zivilbevölkerung härter trafen als die Guerilla, internationaler Kritik

aus. Der als gemäßigt geltende Präsident Cristiani steht zunehmend unter dem Druck seiner rechtsradikalen Partei und ihren Hardlinern, die offen von der Vernichtung der Linken als ihrem politischen Ziel sprechen.

Nach der Offensive lehnte Cristiani denn auch ein Waffenstillstands- und Verhandlungsangebot der Rebellen als „Unsinn“ und als einen Versuch, Zeit für neue militärische Aktionen zu gewinnen, ab. Er verhandele erst, wenn die FMLN die Waffen niedergelegt habe. Das Parlament, in dem die Arena die absolute Mehrheit hat, verabschiedete Ende November *Anti-Terror-Gesetze*, die der Regierung fast unbegrenzte Vollmachten zur Bekämpfung ihrer politischen Gegner gewähren. So kann in Zukunft schon der Verdacht auf Verbreitung „subversiver“ Ideen zu langen Haftstrafen führen. Inhaftierungen ohne Anklageerhebung sind bis zu 15 Tagen möglich. Damit erfüllt sich die Befürchtung christdemokratischer Politiker und auch kirchlicher Vertreter, nach den Wahlen werde die Arena ihr demokratisches Schafsfell ablegen, wenn die Guerilla ihr den ersten Anlaß dazu biete.

Das Massaker auf dem Universitätsgelände hat das bislang eher nachsichtige US-Außenministerium zu der öffentlichen Drohung veranlaßt, der salvadorianischen Regierung werde die amerikanische Wirtschaftshilfe entzogen, wenn diese nicht erfolgreich gegen die Todesschwadronen vorgehe. Damit steht Cristiani ähnlich wie sein christdemokratischer Vorgänger *Napoleón Duarte* vor einem Dilemma: der Unvereinbarkeit nationaler Politik, die – militärisch oder auf dem Verhandlungswege – ein schnelles Ende des Bürgerkriegs anstrebt, und der amerikanischen Strategie eines kalkulierten Krieges niederer Intensität – mit dem einen Ziel, die Machtübernahme der Linken und damit die Ausweitung des sozialistischen Machtbereichs in Mittelamerika zu verhindern. Diese von ureigenen geopolitischen Sicherheitsinteressen bestimmte Mittelamerika-Politik der USA hat letztlich mit dazu beigetragen, daß die christdemokratische Regierung Du-

arte weder ihre eigene Politik durchsetzen noch die Hoffnung des Volkes auf Frieden und Reformen erfüllen konnte.

Für die ebenfalls mit ausländischer Militärhilfe operierende FMLN war die Offensive vordergründig ein Prestigegewinn; sie wollte zeigen und hat gezeigt, daß die Regierung Cristiani mit ihr rechnen muß. Sie verlor dabei schätzungsweise 800 Mann, die Armee knapp 1000. Unter der Zivilbevölkerung gab es etwa 1000 Tote. Aber die von den Erosionserscheinungen des Weltkommunismus verunsicherte Guerilla mußte auch erkennen, daß die von ihr erhoffte „Volkserhebung“ wieder einmal ausblieb. (Dies wäre nach Meinung kirchlicher Beobachter anders gewesen, wenn den Rebellen die völlige Eroberung der Hauptstadt gelungen wäre.) Nach neun Jahren Bürgerkrieg war die Bevölkerung zu müde, um sich von den „muchachos“ („Jungs“), wie sie die Guerilleros nennt, für neue, blutige Kämpfe mobilisieren zu lassen. So war der hohe Wahlsieg der Rechten im vergangenen Frühjahr sicher zu einem beträchtlichen Teil ein negatives Votum für die nicht nur erfolglosen, sondern auch korruptionsanfälligen Christdemokraten und die Linke, in der das Volk offenbar auch keinen Friedensstifter sah.

Polarisierung verringert die Friedenschancen

Es ist jedoch fraglich, ob das derzeit von Regierung und Rebellen verfolgte politische Ziel, durch eine Radikalisierung die Bevölkerung zu polarisieren, erreicht wird. Der salvadorianische Gewerkschaftsbund CGT wandte sich in einem kürzlich veröffentlichten Dokument ausdrücklich gegen eine solche Polarisation, die die Friedenschancen nur noch verringere und zudem Zweifel an der Gesprächsbereitschaft beider Seiten aufkommen lasse.

Die Reaktionen im Ausland auf die Verhärtung der Bürgerkriegsfronten und auf die Ermordung der Jesuiten reichen von Appellen, die blutigen Kämpfe um der zivilen Bevölkerung

willen zu beenden, bis zur Eröffnung von Waffenkonten für die Rebellen (in der Bundesrepublik durch die Berliner taz und die Informationsstelle El Salvador in Bonn). In der Bundesrepublik forderten Kardinal *Hengsbach*, Pax-Christi-Präsident Bischof *Spital* (Trier) und der Rottenburger Bischof *Kasper* (auf Bitten von Erzbischof Rivera) die Bundesregierung auf, sich für ein Ende der Kampfhandlungen in El Salvador und die Einleitung eines Friedensprozesses einzusetzen. Zahlreiche christliche Einrichtungen und Gruppen, darunter der Caritasverband, die Hilfswerke Adveniat, Misereor, Diakonisches Werk und Dienste in Übersee (in einer gemeinsamen Erklärung), der BDKJ, Theologieprofessoren und -studenten sowie die Norddeutsche Jesuitenprovinz sprachen sich für eine Einstellung der Entwicklungshilfe an El Salvador aus, solange die Kämpfe und die Menschenrechtsverletzungen andauern.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, appellierte in einem Schreiben an Präsident Cristiani, „rasch zu einem Waffenstillstand zu kommen, der Genfer Konvention gerecht zu werden, die Arbeit der Kirchen an der Seite des notleidenden Volkes zu respektieren und ernsthaft über eine politische Lösung des Konflikts zu verhandeln“.

Trotz der besorgniserregenden Zunahme von Menschenrechtsverletzungen bereits gegen Ende der Amtszeit Duarte sah sich die *Bundesregierung* – anders als im Fall des Nachbarlandes Nicaragua – bisher zu einer solchen Strafmaßnahme nicht veranlaßt. Ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion im Bundestag wurde am 1. Dezember abgelehnt. Pater Ellacuría hatte es drei Wochen vor seinem Tod vor dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit als hilfreich bezeichnet, wenn von deutscher Seite Druck sowohl auf die salvadorianische Regierung als auch auf die FMLN ausgeübt werde, die Kampfhandlungen einzustellen. Genau in diesem Sinn intervenierte Bischof Lehmann Anfang Dezember bei Bundeskanzler Kohl. G. B.